

Vortragsmanuskript für die Jahrestagung des AK "Politik, Kultur, Sprache" der DVPW, "Nationalsozialismus und Holocaust als negative Sinngeber der Berliner Republik", Tutzing, 15. bis 17. April 2002

Krieg und politische Sinnschöpfung in der Berliner Republik

Volker Heins

Die Terrorangriffe eines schwer identifizierbaren nichtstaatlichen Akteurs auf das Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika sowie auf die Stadt New York am Morgen des 11. September 2001 haben nicht nur Gebäude zerstört und Menschenleben vernichtet, sondern auch die öffentliche Gefühlslage und den politischen Diskurs in den westlichen Demokratien weit über die USA hinaus beeinflusst. Der erste Schock erfasste die Menschen nahezu ohne Unterschied und veranlasste in Berlin wenige Tage nach dem Angriff 200.000 Menschen, an einem Trauermarsch teilzunehmen. Sehr bald jedoch deuteten sich national unterschiedliche, pfadabhängige Verarbeitungsweisen des Ereignisses wie auch des Krieges gegen das Taliban-Regime in Afghanistan an, der am 7. Oktober begann.

Der vorliegende Artikel resümiert die Ergebnisse einer Untersuchung über die Spezifika der deutschen Reaktion auf die Ereignisse des 11. September und danach. Kein politischer Vorgang ist gewaltsam und eindeutig genug, um der Wirkung eines glühenden Brandeisens auf der Haut zu ähneln, das bei allen Menschen dieselbe heftige Reaktion hervorruft.

Vielmehr wechselt die politische *Bedeutung* eines Ereignisses – und damit die Handlungsanweisungen, die aus ihm gewonnen werden – je nachdem, welche Nation oder welche Gruppe von Menschen vor dem Hintergrund ihrer besonderen Geschichte zu seinem Zeugen wird. 'Sooner or later we will each create a narrative, a story line to explain what we now call loosely "the events of Sept. 11"', so erklärte die amerikanische Journalistin Ellen Goodman kurz nach Beginn der Operation Enduring Freedom.¹ Die Bürger außerhalb der USA, so ein prominenter deutscher Kommentator, 'werden sich die Geschichte vom 11. September mit *anderen* Absichten und in *anderem* Sinne erzählen'.² Zu erforschen sind daher politische Sinnschöpfungsprozesse, die nach Maßgabe der inneren Verfasstheit und der Traditionen unterschiedlicher Staaten und Nationen variieren. Politische Sinnschöpfung entsteht durch die Zusammenführung von Deutungsmustern, in denen sich vergange-

ne Erfahrungen verdichten, mit den gesammelten empirischen Fingerzeigen, die das Besondere einer aktuellen Erfahrung einfangen.³

Methodisch habe ich mich auf eine politische Diskursanalyse von zwei nationalen Tageszeitungen der politischen Rechten und Linken gestützt. Zeitungen sind als eigenständige politische Akteure sowie als privilegierte Medien nationaler Selbstvergewisserung bezeichnet worden.⁴ Im Mittelpunkt von politischen Diskursanalysen steht die Rekonstruktion von Deutungsleistungen, die das politische Handeln von Regierung und Opposition sowohl anleiten wie auch rechtfertigen. Diese Rekonstruktion bedient sich zunächst der Identifizierung von frames, die es einem Zielpublikum erlauben sollen, einer unvorhergesehenen, undefinierten Situation Sinn abzugewinnen. Sodann werden frames in den Medien zu Narrativen verknüpft, die einzelne Ereignisse – die Anschläge in den USA, die Luftangriffe auf Afghanistan, der Beschluss der deutschen Regierung, militärischen Beistand zu leisten usw. – in Episoden eines öffentlichen Dramas verwandeln.⁵ In öffentlichen Narrativen wird kommuniziert, welches die relevanten Probleme sind, wo die Ursachen dieser Probleme liegen, wie Lösungen aussehen könnten und wer in diesem Problemlösungsprozess die 'Helden' und die 'Bösewichter', die 'Pioniere' und die 'Bremsen' sind.⁶ Narrative behandeln Ereignisse als Wegweiser, die über sich selbst hinaus auf Sachverhalte verweisen, zu denen wir keinen direkten, unmittelbaren Zugang haben: Spuren einer verschütteten Vergangenheit, Fingerzeige zum Verständnis überkomplexer Zusammenhänge, Zeichen, aus denen sich die Zukunft vorhersagen lässt.

Im Folgenden wird gezeigt, dass weder bei Gegnern noch bei Befürwortern der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom die Berufung auf die Vergangenheit des Nationalsozialismus eine entscheidende Rolle spielte. Darin besteht der größte Unterschied zum Kosovokrieg, als die Erinnerung an Auschwitz zur Legitimation der Beteiligung deutscher Soldaten an dem Waffengang wachgerufen wurde. Mit dem wie auch immer peripheren Eintritt Deutschlands in die amerikanisch geführte Anti-Terror-Koalition hört der Nationalsozialismus auf, als negativer Sinngeber für Richtungsentscheidungen der Politik zu fungieren. Dies hat weitreichende Konsequenzen, da der negative Bezug auf eine kollektiv verurteilte und 'bewältigte' Vergangenheit bis vor kurzem für ein außerordentlich hohes Konsensniveau innerhalb der deutschen Öffentlichkeit und im Parteiensystem gesorgt hat. Dieser Konsens hat sowohl den Anti-Militarismus als auch – nach dem Massaker in der bosnischen Stadt Srebrenica im Juli 1995⁷ – die Bereitschaft zu militärischen Interventionen unterfüttert. Meine These lautet, dass der Wegfall von Nationalsozialismus und Holocaust als symbolischen Instanzen einer negativen Sinngebung Nachkriegsdeutsch-

lands substanzielle Konflikte über die künftige Ausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wahrscheinlicher werden lässt. Zugleich vermute ich, dass diese Konflikte keineswegs ausschließlich entlang der etablierten Rechts/Links-Trennung verlaufen, sondern diese Trennungslinie kreuzen.

TERROR UND KRIEG IN DER BERLINER REPUBLIK: DREI NARRATIVE

Bereits für den Kosovokrieg galt, dass die Weltgemeinschaft mit neuen Formen der Kriegführung wie etwa der Verwendung von Zivilisten als 'menschlichen Schutzschilden' konfrontiert wurde. In ihrer entwickelten Form sind solche Kriege durch die vollständige Entstaatlichung und Entnormierung des Konflikthandelns und die kalkulierte Rücksichtslosigkeit gegenüber Zivilisten gekennzeichnet. Der 'neue Terrorismus' ist insofern ein Aspekt und die höchste Steigerungsform dieser Kriege.⁸ Die neuen Gewaltformen gelten als Ausdruck der Desintegration von Staaten in einer Zeit, da in anderen Teilen der Weltgesellschaft politische und wirtschaftliche Integrationsprozesse rapide fortschreiten. Die Reaktionen auf den 11. September haben gezeigt, dass die Staatengemeinschaft angesichts der neuen Gefahren vor erheblichen Deutungs- und Handlungsproblemen steht. Für die deutsche Öffentlichkeit kam erschwerend hinzu, dass diese Probleme in eine kritische Übergangszeit der Neubestimmung von staatlichen Aufgaben, nationalen Wir-Gefühlen und außenpolitischen Handlungsoptionen fallen. Diese zweifache Kontingenz führte zu einer beachtlichen Verdichtung und Dynamik der öffentlichen Debatte.

Für das Medienpublikum in Deutschland stellten die Angriffe auf die USA einen mehrfachen Schock dar. Neben dem Umstand, dass politische Gruppierungen sich als fähig erwiesen, Bürger der USA in ihrem eigenen Land zu Opfern von Kriegshandlungen zu machen, schockierte die Deutschen, dass das spektakuläre Massaker nicht nur *an* Zivilisten, sondern auch *von* Zivilisten verübt wurde. Diese Zivilisten hatten zudem Deutschland als ruhiges Hinterland für die Vorbereitung der Angriffe genutzt. So gesellte sich ein schlechtes Gewissen zu der Angst, selbst ins Visier der Terroristen zu geraten. Diese Angst, zum Objekt einer ungeahnten existenziellen Feindschaft⁹ zu werden, musste besonders groß sein in einem Land, dessen Soziologen Deutschland und seine Nachbarländer jahrelang als 'feindlose Demokratien'¹⁰ beschrieben hatten. Ausgerechnet dieses Land mit seinem dürftigen Reservoir an legitimen militärpolitischen Traditionen sah sich gezwungen, innerhalb

weniger Wochen über eine globale 'Entgrenzung des Einsatzraums' (Schröder) der Bundeswehr nachzudenken.

Es lassen sich drei öffentliche Narrative unterscheiden, die nach dem 11. September 2001 aktiviert wurden und die jeweils über ein solides Fundament in den politischen Kulturen Deutschlands verfügen. So entsprach Gerhard Schröders Ankündigung der 'uneingeschränkten Solidarität' Deutschlands mit den USA, die die Feststellung des Bündnisfalls durch den NATO-Rat in Brüssel am 2. Oktober 2001 vorwegnahm, dem *atlantischen Narrativ* der alten politischen Klasse Westdeutschlands und ihrer dazugewonnenen ostdeutschen Unterstützer. Dieses Narrativ erzählt die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert als einen von allerlei Rückschlägen, Anfechtungen und Bewährungsproben unterbrochenen *Bildungsroman* des 'langen Wegs nach Westen'.¹¹ Die zugrundeliegende Haltung gipfelte in der Aussage des Vorsitzenden der SPD-Fraktion des Bundestages, Peter Struck, der am 12. September 2001 unter dem Beifall fast aller Abgeordneten rief: 'Heute sind wir alle Amerikaner'. Wie jede Metapher beschrieb diese Wendung die Dinge nicht wie sie sind, sondern gab den öffentlichen Emotionen eine Richtung, indem sie das deutsche Publikum dazu animierte, die Geschehnisse auf *diesselbe* Art und Weise zu empfinden wie die Amerikaner. Die metaphorischen Gleichsetzung verschiedenener nationaler Kollektive ging einher mit der Konstruktion einer nicht mehr assimilierbaren Außenwelt, die zum Ursprungsort der Angriffe erklärt wurde. In der Symbolik des atlantischen Narrativs ließen sich die Angriffe keinem rationalen Gegner zuschreiben, sondern wurden als 'Inkarnation des Bösen'¹² einer radikal fremden Zone am Rande (oder jenseits der) Zivilisation zugeschrieben. Das atlantische Narrativ stabilisiert den Konsens der Mehrheitsströmungen innerhalb der beiden großen Parteien in Deutschland.

In Erwartung eines militärischen Gegenschlags der USA wurde kurz darauf das *pazifistisch-humanitäre Narrativ* wachgerufen, das die moralische Gleichwertigkeit und Schutzbedürftigkeit aller Opfer von Krieg, Gewalt und Ungerechtigkeit feststellt. Das zentrale rhetorische Element dieses prophetischen Narrativs ist die These der 'Gewaltspirale' – eine Art Dominotheorie des Pazifismus. Damit ist ein drohender Kreislauf von Opfer- und Täterrollen gemeint, der immer größere Teile der Weltgesellschaft erfasst, sobald Gewalt mit Gegengewalt beantwortet wird. Opfer und Täter werden in ein zyklisches Geschichtsbild eingelassen, in dem die Opfer von heute die Täter von morgen sind, und so weiter *ad infinitum*. Die Spirale ist ein Emblem der Verwirrung, Symbol des Wahnsinns, schließlich ein Mittel der kollektiven Hypnose. Die Nähe zum literarischen Angstbild des Malstroms ist ebenfalls unverkennbar. In diesem Sinne wurde bereits während der Friedensbewegung der

80er Jahre gegen die damals so genannte 'Rüstungsspirale' mobilisiert. Die normative Komponente des Bildes unterstellt, dass der Versuch, die Quelle von Leid und Ungerechtigkeit mit Repressionsmitteln zu bekämpfen, noch mehr Leid hervorruft. Historisch ist diese Denkfigur in der Bundesrepublik erstmals im Zuge der Entnazifizierung aufgetaucht, der vorgeworfen wurde, lediglich 'neues Unrecht' zu schaffen.¹³ Festzuhalten ist, dass im pazifistischen Narrativ die Opfer und die Verantwortlichen von Verbrechen immer wieder ihre Rollen tauschen, wenngleich sie in jedem einzelnen Augenblick deutlich voneinander unterschieden sind. Teile der Friedensbewegung und der grünen Partei werden durch dieses Narrativ stabilisiert.

Anders verfährt das *neutralistische Narrativ*, das weniger die moralische Gleichwertigkeit aller *Opfer* betont als vielmehr die heimliche Wahlverwandtschaft der *Täter*. Für die Interpretation des 11. September bedeutet dies, dass die USA selbst im Augenblick der Katastrophe nicht als Opfer-, sondern als Täternation vorgestellt wurden, die für das Los der 'Dritten Welt' verantwortlich sei. Historisch eher der politischen Rechten zuzuordnen, löst der Neutralismus unterschiedliche Schreckensereignisse aus ihren historischen Kontexten, sodass sie kommensurabel werden und gegeneinander aufgerechnet werden können.¹⁴ Zwei Aspekte unterscheiden das neutralistische vom pazifistisch-humanitären Narrativ. Erstens ist der Neutralismus offen für machtpolitische Aspirationen. Nicht zufällig war es in Deutschland die indische Schriftstellerin Arundhati Roy, die als literarische Repräsentantin einer blockfreien Atommacht eine Menge Applaus für ihre These erhielt, der amerikanische Präsident George W. Bush sei 'der dunkle Doppelgänger' des saudischen Top-Terroristen Osama bin Laden.¹⁵ Zweitens ist für den Neutralismus – anders als für den Pazifismus – das wahrnehmbare, durch die Medien transportierte Bild der Gewaltopfer nur eine trügerische Oberfläche, unterhalb derer die zweite Realitätsebene der 'wahren' Opfer auftaucht. Für die Neutralisten ist es denkbar, dass die Opfer des Terrorismus eine Mitschuld an ihrem Unglück tragen. Diese Verwischung von Opfer- und Täterkategorien führt zu einer Umverteilung von politischen Schuldzuschreibungen und moralischer Anteilnahme. Im Sinne eines solchen Entlastungsdiskurses gab eine Vertreterin des 'Dritte Welt JournalistInnen Netzes' in einer Radiosendung kurz nach den Anschlägen bekannt, dass sie zwar Hungersnöte in Afrika und mangelnde Umweltauflagen bei Auslandsinvestitionen, nicht jedoch die Terroranschläge in den USA als unmoralisch empfinde.¹⁶ In seiner zugespitzten Form verlässt somit das neutralistische Narrativ die pazifistische Überzeugung der moralischen Gleichwertigkeit aller Gewaltopfer, indem es die vermeintlichen 'Ursachen' der Terrorangriffe thematisiert, die im Verhalten der USA selbst gesehen werden. Sowohl die postkommunistische PDS als auch die rechtsradikale

die postkommunistische PDS als auch die rechtsradikale NPD beziehen sich auf diese Deutung.¹⁷

Bei den drei genannten Meister-Narrativen handelt es sich um Stilisierungen, die sich in reiner Form nur selten in Mediendiskursen wiederfinden lassen. Insbesondere das pazifistisch-humanitäre Narrativ bietet eine Menge Übergänge sowohl in die prowestliche als auch in die neutralistische Richtung. Ironischerweise gibt es sogar Übereinstimmungen zwischen der pazifistischen Angst vor der 'Gewaltspirale' und der neoliberalen Sorge vor kriegsbedingten Aufregungsschäden. So haben deutsche Börsenexperten im Interesse von Anlegern und Investoren ausdrücklich einen 'Ausweg aus der Spirale von Terror und Sanktion'¹⁸ gefordert.

Um die Ausgangsthesen der Schwächung des konsensstiftenden Bezugs auf den Nationalsozialismus als negativen Sinngeber und der daraus resultierenden neuen Konflikte empirisch zu untermauern, werde ich im Folgenden Untersuchungsergebnisse zu einem Sample der konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) sowie der linksalternativen *Tageszeitung* (taz) vorstellen. Der zeitliche Rahmen umfasst Leitartikel und Kommentare zwischen dem 11. September 2001 und dem 16. November 2001, als Bundeskanzler Schröder die Zustimmung zum 'out of area'-Einsatz der Bundeswehr mit der Vertrauensfrage verband, um Gegner in der eigenen Fraktion sowie in der Fraktion des grünen Koalitionspartners zu disziplinieren. Rekonstruiert wurden erstens die narrativen Plots der Berichterstattung, der sich aus der Auswahl, Erklärung und Bewertung einzelner Ereignisse sowie der Kopplung mit anderen Ereignissen ergaben, zweitens die Konstellation der Charaktere des dargestellten politischen Dramas, in denen sich zentrale normative und politische Gegensätze spiegeln.

STAATSRATION UND MORALISCHE BLOCKFREIHEIT

Der 'Angriff auf Amerika' wird in der *FAZ* als eine tiefe zeitgeschichtliche Zäsur gedeutet, sogar als Beginn einer neuen Zeitrechnung für Deutschland.¹⁹ Der 11. September erscheint damit zugleich als ein 'Schlusstrich' unter die deutsche Vergangenheit nicht nur des Nationalsozialismus. So weicht das Entsetzen über die Tat rasch einer kaum verborgenen Befriedigung darüber, dass mit der allmählichen Mobilmachung der Anti-Terror-Allianz politische Gewohnheiten und Mentalitäten der alten Bundesrepublik obsolet werden. Die Ereigniskette von den Anschlägen in den USA bis zum Beschluss der Bundesregierung, ins-

gesamt 3900 Soldaten für kriegerische Einsätze bereitzustellen, wird in einen Themenkomplex 'neue Bedrohungen/ innere und äußere Sicherheit/ Deutschlands Rolle innerhalb des Westens' eingefasst. Schlüsselbegriffe in den Leitartikeln sind 'Feind', 'Ernst' und 'Handlungsfähigkeit'.

Der Mediendiskurs der *FAZ* lässt sich in zwei Blickrichtungen zerlegen. Zum einen richtet sich der Blick nach außen auf die Ereignisse in den USA, die internationale Politik, das Kriegsgeschehen in Afghanistan sowie generell auf die Frage nach dem Verhältnis der Weltkulturen. Zum anderen geht der Blick nach innen und erfasst die deutsche Einwanderungspolitik, die Militärpolitik sowie das Regierungshandeln in der Krise. Charakteristisch für den konservativen Diskurs ist die Art der *Verschränkung* dieser beiden Blickrichtungen. Der Blick nach innen sucht nach den mentalitätsgeschichtlichen und parteipolitischen Blockaden eines stärkeren militärischen Engagements Deutschlands, während der Blick nach außen umgekehrt die Welt nach Gelegenheiten und Herausforderungen absucht, die eine stärkere außenpolitische Rolle Deutschlands begünstigen könnten.

Der Ausgangspunkt der Berichterstattung nach dem 11. September besteht in der zweifachen Behauptung, dass es der Westen mit neuen *Gefährdungen* nach dem Ende des Kalten Krieges zu tun hat, die besonders in Deutschland systematisch *unterschätzt* worden seien. Der Gefahr durch den Terrorismus entspricht ein neuer Feind, den nicht wir uns aussuchen, sondern der umgekehrt uns ausgesucht hat. Neben dem Feind-Vokabular finden sich häufig das Signalwort vom 'Ernst' der Lage, vom 'Ernstfall' und von der Schwierigkeit vieler deutscher Politiker und Journalisten, diesen objektiven Ernst auch subjektiv zu erfassen und ernst zu nehmen.²⁰ Die Rede ist geradezu von 'neuen apokalyptischen Bedrohungen'²¹ durch den islamistischen Terrorismus. Die Unfähigkeit von Teilen der Politik und der Gesellschaft, sich auf die dramatische neue Lage einzustellen, wird dem Realitätsverlust einer Weltsicht zugerechnet, die auf jegliche politische Klugheitslehre zugunsten luftiger Weltverbesserungsabsichten verzichtet. Letztlich gilt die Verschleierung realer Gefahren selbst als eine der neuen Gefährdungen, die der politischen Kultur der alten Bundesrepublik angelastet wird. Diese Gefährdung äußert sich darin, so das häufig gebrauchte Bild der Leitartikel, dass der 'Kern' des Staates, seine polizeiliche und militärische Handlungsfähigkeit, durch eine jeglicher Verantwortung entwöhnte politische Kultur angegriffen sei. Die Korrosionswirkungen dieser politischen Kultur zeigen sich aus der Sicht der *FAZ* darin, dass nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Bundeswehr als 'nicht vorbereitet' für Kampfeinsätze gelten müsse.²² Zur Problembeschreibung gehört schließlich auch der spöttisch vorgebrachte Satz am Tag nach dem Beginn der Bombenangriffe auf Afghanistan,

der auf die Grünen und Teile der SPD gemünzt ist: 'Fällt im Zusammenhang mit Deutschland das Wort "Krieg", erfasst alle Unruhe'.²³

Aus der doppelten Diagnose von äußerer *Gefahr* und innenpolitischer *Illusion* über die Existenz und das Ausmaß dieser Gefahr ergibt sich eine Beschreibung der längerfristigen Folgen des Terrorismus, die zum einen in wirtschaftlichen Krisen, der Lähmung der Gesellschaft durch Angst, aber auch im Zurückgleiten Deutschlands in die zweite Reihe der westlichen Mächte gesehen wird. Befürchtet wird, dass ein formell pro-atlantisches Deutschland als unzuverlässiger Bündnispartner gelten und damit eine Quasi-Neutralisierung von außen durch die anderen westlichen Mächte erfahren könnte.

Sofern sich die *FAZ* überhaupt an der Debatte über die Ursachen des Terrorismus beteiligt, neigt sie – durchaus im Unterschied zur Rhetorik der deutschen Regierung – zur These inkompatibler Großkulturen. In der Unterschätzung des militanten Islams

wird ein Mangel an langfristigen Erfahrungen offenkundig, vor denen Deutschland ebendeshalber bewahrt worden ist, weil die katholischen Länder 'östlich von Wien' das jahrhundertelange Expansionsstreben solcher Heilslehren aufgehalten hatten. Was Schröder als 'gänzlich untauglichen Begriff' zurückweist, war nicht in Deutschland, aber für seine östlichen Nachbarn schon einmal Wirklichkeit: der Kampf der Kulturen.²⁴

Der frame 'Kampf der Kulturen' wird allerdings dadurch modifiziert, dass die Motive der Terroristen weitaus fremder sind als es je eine konventionelle Kultur sein kann, die sich in ihren Grundlagen und Äußerungsformen studieren lässt. Anders als in vergangenen Kontroversen z.B. im Anschluss an die nukleare Katastrophe von Tschernobyl im April 1986²⁵, glaubt die *FAZ* keineswegs an eine umfassende *Überlegenheit* des Westens angesichts des neuen Gegners. In einem kleinen Artikel mit dem Titel 'Satellitenwissen' wird das Missverhältnis geschildert zwischen den technologischen Potenzialen der Revolution in Military Affairs (RMA) und der kulturellen Blindheit des Westens. Während die westlichen Mächte mit immer raffinierteren Technologien ein feindliches Territorium abtasten und die Körper ihrer Feinde pulverisieren können, stoßen sie gleichzeitig auf eine unüberwindliche kulturelle Schranke: 'Wenn wir auch bin Laden entdecken können, wir begreifen unsere Gegner nicht. Da liegt eine Schwäche.'²⁶ Dies sei umso beängstigender, als der Feind im Unterschied zu uns mit der Fähigkeit zu kultureller Mimikry begabt sei und sich unbemerkt in den Schlupflöchern der westlichen multikulturellen Gesellschaften einnisten könne. Aus der Beschreibung des Feindes als radikal fremd und undurchschaubar ergibt sich, dass andere Erklärungen des Terrorismus, die etwa auf die Folgen der Globalisierung für bestimmte Weltregionen verweisen, als kurzschlüssig zurückgewiesen werden.

Der kulturalistische frame der *FAZ* wird auch daran deutlich, dass die Zeitung unmittelbar nach den Anschlägen die neue Gefährdungslage in Zusammenhang mit einem liberalisierten Einwanderungsgesetz brachte, das die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung im Parlament eingebracht hatte. Die 'Frage des Nebeneinanders und Miteinanders der Kulturen' und damit der Bewertung von Migrationsbewegungen stelle sich nunmehr neu, so ein Kommentar.²⁷ Da selbst nach dieser Einschätzung die Einwanderung und damit die kulturelle Durchmischung Deutschlands nicht rückgängig gemacht werden kann, mündet der Diskurs in ein Plädoyer für neuartige Sicherheitskonzepte. Ganz im Sinne neuerer postmoderner Verteidigungsexperten wird die Grenze zwischen Inland und Ausland, zwischen 'innerer' und 'äußerer' Sicherheit verflüssigt zugunsten der Idee einer 360 Grad oder Rundum-Verteidigung (spherical defence).²⁸

Der politische Diskurs der *FAZ* nach dem 11. September kombiniert somit einen militanten Atlantizismus mit Versatzstücken der Kulturkreistheorie, die vor dem Ersten Weltkrieg von deutschen Anthropologen und Geografen entwickelt wurde. Kern dieser Theorien ist die Behauptung, dass Kulturen ganzheitliche Größen sind, die an großflächige Siedlungsgebiete und deren Bewohner gebunden sind und sich in der Folge von Wanderungsbewegungen in anderen Regionen durchsetzen.²⁹ Die Integration von Einwanderern in die Gastgesellschaft ist dieser Lesart zufolge unwahrscheinlich. Ebenso unwahrscheinlich ist, dass moralische Botschaften eines Kulturkreises in einem anderen Kulturkreis Gehör finden.

An dieser entscheidenden Stelle weicht die *FAZ* vom mainstream des atlantischen Narrativs ab. In einem bemerkenswerten Leitartikel weist die Zeitung die Forderung nach einer Demokratisierung Afghanistans und einer Stärkung der Frauenrechte zurück. Es handle sich dabei um 'genau jene Art von westlicher Vorschreiberei ..., welche nicht nur Terroristen ablehnen', sondern eben auch die *FAZ*.³⁰ Für das angemessene Verständnis der *FAZ* als eines politischen Akteurs der Berliner Republik ist die Synthese zwischen dem offenkundigen Atlantizismus mit dem weniger offenkundigen Vorbehalt gegen 'westliche Vorschreiberei' zentral. Vor dem Hintergrund dieser Synthese ist auch die Veröffentlichung des bereits erwähnten Textes von Arundhati Roy nicht überraschend, in dem die preisgekrönte indische Schriftstellerin für die Position einer moralischen Äquidistanz zwischen dem US-Präsidenten und den Terroristen der Al Queda wirbt. Die *FAZ* teilt nicht die politische Tendenz des Artikels, wohl aber die Kritik am moralischen Sendungsbewusstsein der USA und des britischen Premierministers Tony Blair.

Diese Präferenz für eine Art moralischer Blockfreiheit scheint auch sonst immer wieder im Diskurs der *FAZ* durch. So erlaubte sich das Blatt anlässlich einer deutschen Fernsehserie über die Feldherren der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, die britischen und amerikanischen Generäle Montgomery und Patton als Geistesverwandte ihrer Gegner zu bezeichnen. 'Ihr Größenwahn verband diese Egomane mit ihren deutschen Feinden. Ihre Geltungssucht trieb tausende Soldaten in den Tod.'³¹

Zusammengefasst erscheint die kurze Geschichte der Berliner Republik im Diskurs der *FAZ* in zweifacher Hinsicht als die Geschichte einer heilsamen Desillusionierung. Zunächst verdrängen Sicherheitsfragen und damit klassische Staatsaufgaben zumindest teilweise die postmaterialistische Agenda der alten Bundesrepublik, wie sie exemplarisch von den Grünen repräsentiert worden ist. Sodann zerbricht nach dem 11. September auch die moralistische Selbsttäuschung des um Deutschland erweiterten Westens, da der neue unsichtbare Feind den Begriff der Menschenrechte 'politisch unbrauchbar'³² macht und die Rückkehr zu einer realistischen Außenpolitik erzwingt. Dass das Gewicht der Staatenkonkurrenz schwerer wiegt als die Beschlusslagen der Vereinten Nationen oder selbst der Europäischen Union, gehört zu den Kernaussagen des Mediennarrativs der *FAZ*.³³ Die Idee des Westens wird normativ entkernt und enthält keinerlei Befreiungsversprechen mehr wie zur Zeit des Zweiten Weltkrieges und der Dekolonisierung. Die Soldaten der Anti-Terror-Allianz kämpfen für die westliche Zivilisation, die jedoch in den Begriffen eines *Kulturkreises* definiert wird und weder zur nachhaltigen kulturellen Integration von Migranten noch umgekehrt zur intellektuellen Beeinflussung fremder Kulturräume taugt.

Das Drama des 11. September und der anschließenden Militäroperationen wird erzählt als Abenteuerroman eines Kampfes zwischen einem moralisch ernüchterten westlichen Helden und einem fanatischen antiwestlichen Feind.³⁴ Deutschland erscheint in diesem plot als ein durch seine eigene politische Kultur angekränkelter, nur bedingt einsatzfähiger Helfer des Westens. Diejenigen, die in Deutschland vor den Gefahren einer ungeordneten Welt warnen wie etwa der energische Innenminister Otto Schily, werden als tragische Charaktere stilisiert, die zwar für die richtige Sache eintreten, jedoch von der pazifistisch gestimmten Bevölkerung abgeschnitten in 'einsamer Ohnmacht'³⁵ verharren. Neben den Hauptfeind des islamistischen Terrorismus im In- und Ausland treten somit eine Reihe von Nebenfeinden der alten Bundesrepublik, für die sich die Kommentatoren immer wieder farbige Bezeichnungen ausdenken: Moralischer und Verschleiherer, 'Friedensrendite-Spekulanten' und 'verzärtelte Bedenkenträger.'³⁶ In seiner Gesamtanlage ist der Diskurs auf eine *mentale Vorhärtung* des deutschen Lesepublikums angelegt, das aus Anlass des 11.

September auf die Unbarmherzigkeit eines drohenden Krieges eingestimmt wird. Über diesen kommenden langanhaltenden Krieg sagt der Wehrexperte der *FAZ*, Karl Feldmeyer, in orakelhaftem Ton, dass er 'außerhalb der bisherigen Vorstellungswelt'³⁷ der politischen Kultur Deutschlands liege.

WESTBINDUNG UND 'GEWALTSPIRALE'

Noch dramatischer als die *FAZ* spricht die *taz* am Tag nach den Anschlägen auf New York und Washington von einem 'Krieg gegen die USA'. Als einzige deutsche Zeitung veröffentlicht die *taz* in der Ausgabe vom 28. September Fotos von namentlich genannten Opfern der Anschläge auf das Pentagon und das World Trade Center sowie von Opfern unter den Rettungsmannschaften in New York. Das der grünen Partei und damit der Partei des populären deutschen Außenministers Joseph Fischer nahestehende Blatt zeigt sich noch gründlicher geschockt als die konservative und liberale Presse. Die offenkundige Rückkehr eines genuinen politischen Feindes nach dem Ende des Kalten Krieges und die Rolle der USA als einer Opfernation überfordert das Deutungsrepertoire der Linken. Die USA wurden in der Bundesrepublik jahrzehntelang wie ein strenger Vater verehrt und verurteilt, während man jetzt fassungslos feststellen musste, dass 'daddy einen Unfall hatte'.³⁸ Wie in einem Mikrokosmos lassen sich am Beispiel der Kommentare der *taz* die Konfusion und die mühsame Neuorientierung innerhalb der Grünen und anderer Teile der Linken nach dem 11. September studieren. Anders als die *FAZ* ist die *taz* ein politischer Akteur dadurch, dass sie zugleich als Forum für unterschiedliche politische Milieus und deren interne Kommunikationsprozesse fungiert.

Im schroffen Gegensatz zur *FAZ* sieht die *taz* schon wenige Tage nach den Anschlägen die größte Gefahr nicht mehr im Terrorismus selbst, sondern in den möglichen Reaktionsweisen des angegriffenen Westens:

Doch je mehr Länder sich an einer Vergeltungsaktion beteiligen, desto größer wird die Gefahr, dass sie umso heftiger ausfällt. Was wiederum eine drastische Reaktion der Terroristen und ihrer Unterstützer provozieren könnte. Es wäre Unsinn zu behaupten, die Schröder-Regierung strebe die Eskalation an. Womöglich beabsichtigt dies nicht einmal der US-Präsident. Auch ihm wäre eine schnelle und kurze Operation wahrscheinlich am liebsten. Die Gefahr besteht in einem Rutschbahneffekt: Die Politik kann den Folgen ihrer eigenen Rhetorik nicht mehr ausweichen.³⁹

Dieses Zitat aus einem Leitartikel drei Tage nach den Anschlägen enthält bereits die wichtigsten Elemente der stärksten Strömung innerhalb der *taz*. Die Angst vor einer allzu heftigen militärischen Gegenreaktion bestimmte diese Strömung mehr als die Aussicht auf eine deutsche Beteiligung an dieser Gegenreaktion. Zugleich unterstellte man weder der US-Regierung noch der Regierung Schröder irgendwelche aggressiven oder hinterlistigen Absichten. Statt dessen wurden die Hinweise auf die geplanten Militäraktionen als Mene-telk einer unkontrollierbaren Eskalation gelesen. Gegen den Vorrang nationaler Armeen orientierte sich die *taz* am Leitbild UN-geführter internationaler Polizeiaktionen.

In einer Vielzahl von Artikeln wird in der Folge darauf hingewiesen, dass die Welt durch die Operation Enduring Freedom eher noch unsicherer werde, weil sie neue Terroranschläge und wachsenden Zulauf zu extremistischen Gruppen in der islamischen Welt provoziere. Der Regierung Schröder wird vorgeworfen, leichtsinnig Terroranschläge in Deutschland in Kauf zu nehmen, nur um Solidarität gegenüber USA und NATO zu zeigen.⁴⁰ Was zunächst als Rutschbahneffekt erscheint, verdichtet sich in einem Aufruf der globalisierungskritischen Organisation *Attac* zur Metapher der 'Gewaltspirale' von Terror und Krieg, die es zu durchbrechen gelte. Diese Metapher wird in zwei unterschiedliche Narrative integriert. Einige Kommentatoren teilen die Angst vor der Gewaltspirale, stellen aber die 'Wahnsinnstat'⁴¹ vom 11. September an den Anfang der Ereigniskette. In einer etwa gleich großen Zahl von Beiträgen erscheinen dagegen die Anschläge in den USA als 'Antwort' auf die neoliberale Globalisierung oder als 'Konsequenz' einer verfehlten Nahost-Politik. So appellierte ein einflussreicher Sprecher der Friedensbewegung in der *taz* an das Publikum, die 'Sprachlosigkeit' zu überwinden und die 'Ursachen' des Terrorismus zu ergründen. Zu klären sei, 'was man vielleicht auf der eigenen Seite mit dem Hass zu tun hat, dessen Ziel man offenbar nicht nur für eine kleine Gruppe von Verschwörern, sondern für ganze Bevölkerungsteile in gewissen islamischen Ländern geworden ist'.⁴²

Der Hass, der die USA trifft, wird hier als rationale, wenngleich verabscheuungswürdige Antwort von Gruppen gedeutet, die für ganze 'Länder' zu sprechen scheinen. Indem dieser Diskurs Länder ins Spiel bringt, versöhnt er pazifistisch-humanitäre Motive mit einem neutralistischen Narrativ über die Rolle Deutschlands in einer unsicheren Welt. Zwei Implikationen kennzeichnen den politischen Diskurs der deutschen Globalisierungskritiker. Erstens wird unterstellt, dass der Terrorismus auf Ungerechtigkeiten reagiert, über die wir uns im Lichte *derselben* kosmopolitischen moralischen Standards verständigen könnten. Zweitens wird Europa und, bei näherem Hinsehen, Deutschland, eine besondere Rolle bei

der Zurückdrängung der USA, der Milderung der Globalisierung und damit der Bekämpfung der 'Ursachen' des Terrorismus zugeschrieben.

Bereits anlässlich der BSE-Krise Anfang 2001 in Europa erklärte der erwähnte Sprecher der Friedensbewegung, der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter, dass Deutsche ein besonderes Sensorium für das Leid von anderen haben, weil sie im Zweiten Weltkrieg selbst in außerordentlichem Maße Opfer von Gewalt geworden seien. Dieses Privileg einer erhöhten moralischen Empfindsamkeit wird den Deutschen ausdrücklich im Gegensatz zu den Briten zugesprochen.⁴³ Hier wird eine in der *taz* minoritäre, aber gleichwohl konsistente Strategie der Meinungsbildung vorgezeichnet, die deutlich gegen die proatlantische Grundausrichtung der Führung der Grünen und ihres Außenministers Fischer Stellung bezieht. In einer Kolumne mit dem Titel 'dieser verdammte krieg' hat die *taz* auch Vertretern eines rabiatischen Antiamerikanismus regelmäßig Raum gewährt. Namhafte Kommentatoren sind soweit gegangen, eine 'deutsche Initiative' zur Stärkung der EU zu fordern, die sich auf die Bevölkerung von 'vier Kontinenten' im Kampf gegen die USA stützen könne.⁴⁴ In diesem Zusammenhang wird auch eine modifizierte Kulturkampfhese bemüht, die nicht den 'Westen' mit dem 'Islam' konfrontiert, sondern Deutschland und Europa in Gegensatz bringt zum Kulturkreis der USA. In einem Artikel vor Beginn der Operation Enduring Freedom wird der Gegensatz zwischen europäischer und deutscher Politik einerseits und amerikanischer Politik andererseits auf den Gegensatz zwischen dem Neuen und dem Alten Testament zurückgeführt. Das Alte Testament mit seinem Rachedenken bestimme die Außenpolitik der USA und habe zudem einen unheilvollen 'Schulterschluss' zwischen Juden und Christen in den USA begründet.⁴⁵

Solche antisemitischen Kulturkampfhesen, die die politisch-moralische Überlegenheit Europas und Deutschlands auf eine alternative Bibellektüre zurückführen, bilden jedoch im Diskurs der *taz* eine Ausnahme. Die Zeitung beweist vielmehr die beidseitige Offenheit des pazifistisch-humanitären Narrativs sowohl für neutralistische als auch für prowestliche Tendenzen. Bei einer Minderheit der Kommentatoren überwiegt der Antiamerikanismus, indem der Terrorismus als Konsequenz der neoliberalen Globalisierung oder einer verfehlten Nahostpolitik gedeutet wird, die wiederum auf die USA und zuletzt auf die 'Kultur' dieses Landes zurückgeführt werden. Eine Mehrheit jedoch hat aufgehört, die USA als ewig schuldigen Kriegstreiber zu kritisieren und kontrastiert statt dessen die 'Moderne' und die 'Zivilgesellschaft' mit den plötzlich erkannten Gefahren eines deterritorialisierten Terrorismus und der möglichen Überreaktionen auf diese neue Bedrohung.

Der zentrale frame der Gewaltspirale erlaubt jedoch kein polares Erzählmuster von gut gegen böse in der Art eines Abenteuerromans. Ebenso ist der plot eines tragischen Scheiterns verkannter Helden angesichts einer schicksalhaften Verstrickung dem *taz*-Publikum fremd. 'Größe, die in den Untergang führt, hilft nicht', schreibt ein Redaktionsmitglied zur ausweglosen Lage der Grünen, die dem Krieg unter dem Druck der Vertrauensfrage zugestimmt haben, um nicht ihre Regierungsbeteiligung zu verlieren.⁴⁶

Die rhetorische Gestaltung der Ereignisse zwischen dem 11. September und dem 16. November 2001, folgt somit keinem tragischen Muster, sondern dem Vorbild einer 'dark comedy', welche die zentralen Charaktere in wechselndem Licht erscheinen lässt, zu beständigen Seitenwechseln einlädt und dem Publikum kein erlösendes Lachen gewährt.⁴⁷ Düster-komisch ist der plot der *taz*, wenn die offizielle Beschreibung eines antagonistischen Konflikts zurückgewiesen und die Fadenscheinigkeit der Werte entlarvt wird, in deren Namen er mit unangemessenem Ernst und ohne Aussicht auf nachhaltigen Erfolg geführt wird. Die vermeintlichen Helden des Dramas werden in ihren menschlichen und politischen Schwächen karikiert. So seien auch fromme Muslime häufig heimliche Profiteure der Globalisierung, so dass der Konflikt mit den USA ein Scheinkonflikt ist.⁴⁸ Altternde Militärs, die dem Publikum die Dynamik und die Ziele des Krieges erklären sollen, werden zur Zielscheibe des Spottes.⁴⁹ Der Schutz der Freiheit sei nur ein Vorwand, denn in Wirklichkeit würden die bürgerlichen Freiheiten eingeschränkt. Selbst der Rechts/Links-Gegensatz erweist sich nach dem 11. September als Scheinkonflikt, wie z.B. die Schlagzeile 'Rechte und Linke gegen den Krieg'⁵⁰ verrät. Wo die Lauterkeit der Absichten deutscher und amerikanischer Politiker zugestanden wird, tauchen Zweifel an den Fähigkeiten dieser Entscheidungsträger auf, die eher komischen Anti-Helden gleichen. Angesichts des losgetretenen Mechanismus der Gewaltspirale sind Bush und Schröder Hochstapler mit geringer Macht, von denen angenommen wird, dass sie sich gründlich blamieren werden. Zugleich leidet das Publikum mit an dieser absehbaren Blamage, da es die eigentlichen, zu Unrecht beschworenen Werte des Westens und der demokratischen Zivilgesellschaft durchaus teilt.

SCHLUSS: LERNEN ZWEITER ORDNUNG IN DER POLITISCHEN KULTUR DEUTSCHLANDS

Die Einbindung von überraschenden Ereignissen und neuen Informationen in die medialen Narrative bedeutender Tageszeitungen führt zur Bündelung der Aufmerksamkeit des Pub-

likums und zu politischer Sinnschöpfung. Keineswegs selbstverständlich ist dagegen die Anregung von Lernprozessen durch die politische Presse. Mediennarrative dienen im Gegenteil allzu häufig der subjektiven Stabilisierung von Deutungsgewohnheiten und politischen Verhaltensorientierungen. Im Extremfall kann dies dazu führen, dass sich die diskursgenerierenden frames zu einem regelrechten 'Erzählpanzer'⁵¹ verhärten, durch den sich Gruppen und Koalitionen vor einer produktiven Verarbeitung neuer Erfahrungen schützen. Die in diesem Artikel präsentierten Untersuchungsergebnisse lassen jedoch den Schluss zu, dass von beiden Enden des politischen Spektrums des Mediensystems in Deutschland Lernanreize sowohl für die Politik als auch für das Publikum ausgehen. Der britische Politikwissenschaftler Peter Hall hat den Vorschlag gemacht, 'first', 'second' und 'third-order learning' zu unterscheiden, je nachdem, ob bestehende Politikinstrumente ausgebessert, neue Instrumente eingeführt oder aber die Ziele der Politik verändert werden sollen.⁵² Angesichts der Bedrohung durch terroristische Netzwerke und ihre Sponsoren hat sich in Deutschland eine Neubewertung des außenpolitischen Einsatzes organisierter Gewalt durchgesetzt, die in diesem Sinne als second-order learning bestimmt werden kann.

Die Haltung Helmut Kohls während des Golfkriegs, Deutschland dürfe sich wegen seiner Vergangenheit nicht an 'out of area'-Kampfeinsätzen beteiligen, findet heute nicht einmal mehr in den Leitartikel der *taz* Unterstützung. Zwar gibt es nach wie vor erhebliche Vorbehalte gegen den Einsatz von militärischer Gewalt. Aber erstens plädieren auch die Kritiker von Militäreinsätzen für neue Politikinstrumente, z.B. robuste internationale Polizeiaktionen. Und zweitens fehlt auch in der *taz* der noch im Kosovokrieg übliche rhetorische Bezug auf die 'Lehren' aus der NS-Vergangenheit. Statt dessen zeigt sich, dass durch die Wiedervereinigung die alte Bundesrepublik selbst zu einem Reservoir von Traditionen geworden ist, die teils als positives Vorbild, teils aber auch als problematisch gewordene Vergangenheit angesehen werden. Während die *taz* die Tradition einer militärpolitischen 'culture of restraint' fortsetzen möchte und pragmatisch vor den Gefahren einer Gewaltspirale warnt, wollen Teile des konservativen Lagers diese Kultur zugunsten einer selbstbewussten Außenpolitik überwinden, deren Leitbild der militärisch 'satisfaktionsfähige' Nationalstaat ist.

Wenngleich unterschiedliche Rahmen ('Kampf der Kulturen' vs. 'Gewaltspirale') und vor allem unterschiedliche Dramatisierungsweisen (Abenteuerroman vs. *sinistre comédie humaine*) die Konsistenz von Differenzen zwischen den einzelnen Mediennarrativen sichern, besteht die große Gemeinsamkeit beider Zeitungen im Verzicht auf die Beschwörung der NS-Vergangenheit als einer symbolischen Instanz negativer Sinngebung. Diese

Absage an eine Sonderrolle Deutschlands im Konzert der westlichen Mächte entsprach zum Jahresende 2001 eine öffentliche Meinung, in der die Zustimmung zu den amerikanischen und britischen Militäroperationen in Afghanistan ebenso groß war wie die Zustimmung zu einer möglichen deutschen Beteiligung an diesen Operationen.⁵³ Ironischerweise bedeutet jedoch die Schwächung des Bezugs auf die gemeinsam verworfene NS-Vergangenheit, dass in Zukunft eine bislang höchst wirksame symbolische Konsensklammer in der öffentlichen Kultur Deutschlands entfällt. Während Meinungsumfragen und die Leitartikel von politisch entgegengesetzten Tageszeitungen seit dem Golfkrieg eine wachsende Zustimmung zum Einsatz militärischer oder polizeilicher Gewalt jenseits des NATO-Gebiets signalisieren, verschärfen sich die Konflikte innerhalb der größer werdenden Gruppe der Anhänger einer robusteren Außenpolitik.

Diese sich abzeichnenden Konflikte verlaufen nicht nur entlang der gewohnten Linien zwischen rechten und linken politischen Lagern und Teilöffentlichkeiten. An beiden Enden des politischen Spektrums wird die Operation Enduring Freedom zum Anlass einer aktiven Selbstzurechnung der jeweiligen Meinungsführer zur westlichen 'Wertegemeinschaft' gemacht, deren verteidigungswürdiges kulturelles Substrat jedoch höchst unterschiedlich gedeutet wird. Insbesondere werden die Traditionsbestände der sogenannten Bonner Republik zunehmend kritisch diskutiert. Die Dissonanzen zwischen unterschiedlichen Medien-narrativen im Anschluss an die Ereignisse vom 11. September 2001 entzünden sich an Konfliktlinien, die auch das deutsche Parteiensystem durchziehen. Diese Konflikte betreffen die Verknüpfung der neuen Sicherheitsanliegen mit Fragen der Einwanderung und der Asylgesetzgebung, das Verhältnis militärischer und polizeilicher Mittel im Kampf gegen den Terrorismus, die Rolle der UNO bei der Lösung von Konflikten sowie schließlich das Verhältnis der deutschen Außenpolitik zu der als 'manichäisch' empfundenen Politik der britischen und amerikanischen Regierungen.

¹ Ellen Goodman, 'Evil and Blowback: No, Sharp Focus Can't Be Simpleminded', *International Herald Tribune*, 29. Okt 2001, S. 10.

² Jan Assmann, 'Das Geheimnis der Erinnerung', *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. Okt. 2001, S. 50.

³ So die Definition von "sensemaking" in Karl E. Weick, *Sensemaking in Organizations* (Thousand Oaks: Sage, 1995).

⁴ Vgl. Christiane Eilders, 'Media as Political Actors? Issue Focusing and Selective Empha-

sis in the German Quality Press', *German Politics* 9/3 (2000), S. 181-206.

⁵ Vgl. Ronald N. Jacobs, 'Narrative, civil society and public culture', in M. Andrews et al. (Hg.), *Lines of Narrative: Psychosocial Perspectives* (London: Routledge, 2000), S. 18-35. Vgl. auch Willy Viehöver, 'Diskurse als Narrationen', in R. Keller et al. (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorie und Methoden* (Opladen: Leske und Budrich, 2001), S. 177-206. Zum Aufstieg der Diskursanalyse in der neueren Politikwissenschaft, vgl. Frank Nullmeier, 'Interpretative Politikanalyse in der Theorienkonkurrenz', in A. Reckwitz und H. Sievert (Hg.), *Interpretation, Konstruktion, Kultur. Ein Paradigmenwandel in den Sozialwissenschaften* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999), S. 219-238.

⁶ Vgl. Jeffrey C. Alexander, 'Citizen and Enemy as Symbolic Classification: On the Polarizing Discourse of Civil Society', in J.C. Alexander (Hg.), *Real Civil Societies: Dilemmas of Institutionalization* (Thousand Oaks, CA: Sage, 1998), S. 96-114.

⁷ Vgl. Michael Schwab-Trapp, 'Srebrenica – ein konsensbildendes Ereignis? Diskursive Eliten und der Diskurs über den Jugoslawienkrieg', in S. Neckel and M. Schwab-Trapp (Hg.), *Ordnungen der Gewalt: Beiträge zur politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges* (Opladen: Leske und Budrich, 1999), S. 119-129. Vgl. auch Adrian Hyde-Price, 'Germany and the Kosovo War: Still a Civilian Power?', *German Politics* 10/1 (2001), S. 19-34.

⁸ Vgl. Walter Laqueur, *The New Terrorism: Fanaticism and the Arms of Mass Destruction* (New York: Oxford University Press, 1999).

⁹ Von einem 'existenziellen Feind' sprach z.B. Josef Joffe in *Die Zeit*, 31. Okt 2001, S. 1.

¹⁰ Ulrich Beck, 'Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? Eine Einleitung', in U. Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung* (Frankfurt: Suhrkamp, 1998), S. 41

¹¹ Heinrich A. Winkler, *Der lange Weg nach Westen* (München: Beck, 2000).

¹² So Karsten Voigt, der parlamentarische Koordinator für deutsch-amerikanische Beziehungen, im Sender N24 am Abend des 11. Sept. 2001.

¹³ Vgl. Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland* (München: Beck, 2001), S. 35.

¹⁴ Zur Technik der 'Aufrechnung der Schuld' vgl. Theodor W. Adorno, 'Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit (1959)', in Th. W. Adorno, *Eingriffe* (Frankfurt: Suhrkamp, 1963), S. 127.

¹⁵ Vgl. Arundhati Roy, 'Terror ist nur ein Symptom', *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. Sept. 2001, S. 49. Der Artikel hat in Deutschland Furore gemacht, z.B. bei Teilen des Establishments des Goethe-Instituts, und wurde verschiedentlich reproduziert. Vgl. z.B. *Spiegel-online*, 3. Okt 2001, oder die Website der *Informationsstelle Militarisierung* (IMI) in Tübingen.

¹⁶ 'Ich stehe ... nicht auf der Seite von Amerika und ich empfinde die grausamen Terroranschläge auch nicht als einen Anschlag auf mein moralisches Wertesystem' (Gabriele Gilen, 'Der Preis der Lüge – oder: die Schatten der Geschichte', gesendet vom Westdeutschen Rundfunk, WDR 5, am 14. Sept. 2001).

¹⁷ Die Hamburger PDS klebte nach den Anschlägen in den USA schadenfrohe Plakate mit dem Text 'Sowas kommt von sowas'. Der Mitbegründer der terroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) und heutige NPD-Anwalt Horst Mahler feierte die Anschläge auf seiner Homepage als 'Independence Day Live'. Anlässlich von Demonstrationen in Deutschland gegen die israelische Militäroperationen im Westjordanland im März/April 2002 kam es ebenfalls zu "merkwürdigen Allianzen", wie Heribert Prantl feststellte: "Postsozialisten, Neonazis und Antirassisten sieht man Seit an Seit" ("Und wieder sind die Juden schuld", *SZ*, 15. April 2002, S. 4).

-
- ¹⁸ Lothar Imhof, 'Märkte brauchen Ausweg aus Spirale von Terror und Sanktion', *Manager Magazin*, 14. Sept. 2001 (online-version). Zur Anfälligkeit des deutschen Pazifismus für neutralistische Stimmungen vgl. bereits Dan Diner 'The "National Question" in the Peace Movement: Origins and Tendencies,' *New German Critique*, No. 28 (1983), S. 86-107.
- ¹⁹ Vgl. FAZ, 8. Okt. 2001, S. 1
- ²⁰ Vgl. FAZ, 22. Sept. 2001, S. 1; 24. Sept. 2001, S. 1; 2. Okt. 2001, S. 1; 6. Okt. 2001, S. 12; 30. Okt. 2001, S. 1; 9. Nov. 2001, S. 1. Das Wortfeld 'ernst', 'ernsthafte', 'ernstlich' bezieht sich im Deutschen sowohl auf 'bedrohliche' und 'gefährliche' *Situationen* als auch *Haltungen*, die als 'wahrhaft', 'wohlgerüstet', 'streitbar' gelten (vgl. *Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache*, 2. Aufl., Bd. 6 (Mannheim: Dudenverlag, 1986), S. 964.
- ²¹ FAZ, 12. Okt. 2001, S. 1.
- ²² FAZ, 14. Sept. 2001, S. 16.
- ²³ FAZ, 8. Okt. 2001, S. 1.
- ²⁴ FAZ, 2. Okt. 2001, S. 1. Vgl. auch den Kommentar in der Sonntagsausgabe der FAZ, 28. Okt. 2001, S. 8 ('Doch ein Kulturkampf').
- ²⁵ Vgl. Angelika Pofert, 'Der strukturkonservative Risikodiskurs. Eine Analyse der Tschernobyl "media story" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung', in K.-W. Brand et al. (Hg.), *Ökologische Kommunikation in Deutschland* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997), S. 106-154.
- ²⁶ FAZ, 20. Okt. 2001, S. 41.
- ²⁷ FAZ, 12. Sept. 2001, S. 16.
- ²⁸ Vgl. Robert D. Steele, 'Information peacekeeping: the purest form of war', in A.D. Campen und D.H. Dearth (Hg.), *Cyberwar 2.0: Myths, Mysteries and Realities* (Fairfax: AFCEA International Press, 1998), S. 277-293.
- ²⁹ Vgl. Markus Joch, 'Deutsche Anti-Evolutionisten? Konzeptionen der Kulturkreislehre um 1900' in A. Honold und K. Scherpe (Hg.), *Das Fremde: Reiseerfahrungen, Schreibformen und kulturelles Wissen* (Frankfurt: Lang, 2000), S. 84-103.
- ³⁰ FAZ, 16. Okt. 2001, S. 1.
- ³¹ FAZ, 25. Okt. 2001, S. 53. In einer ausdrücklichen Verteidigung der antiamerikanischen Invektive von Arundhati Roy plädiert Martin Kämpchen in derselben Ausgabe der FAZ gegen 'Schwarzweißmalerei' und für eine 'differenzierte' Verteilung historischer Schuld. Vgl. FAZ, 25. Okt. 2001, S. 49. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Interview mit Roy, das die rechtsradikale Zeitung "Junge Freiheit" am 12. Okt. 2001 veröffentlichte. Vgl. <http://www.jungefreiheit.de/roy-interview.htm>
- ³² FAZ, 19. Sept. 2001, S. 49.
- ³³ Vgl.z.B. Achim Schmillen, 'Neues "great game" in Zentralasien?', FAZ, 15. Mai 2001, S. 10. Schmillen ist Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt.
- ³⁴ Vgl. Jacobs, 'Narrative, civil society and public culture', S. 27.
- ³⁵ FAZ, 27. Sept. 2001, S. 1.
- ³⁶ FAZ, 12. Okt. 2001, S. 1 und 27. Okt. 2001, S. 13.
- ³⁷ FAZ, 20. Okt. 2001, S. 12.
- ³⁸ So der Schriftsteller Richard Herzinger auf einer Veranstaltung der *taz* während der Frankfurter Buchmesse am 11. Okt. 2001. Zum infantilen Verhältnis der 68er Generation gegenüber den USA vgl. Michael Rutschky, 'We don't want Papa Sam', *taz*, 24. Okt. 2001, S. 12.
- ³⁹ *taz*, 14. Sept. 2001, S. 1.
- ⁴⁰ Vgl.z.B. *taz*, 9. Okt. 2001, S. 17 und 20/21. Okt. 2001, S. 11. Empirisch sprechen einige Hinweise gegen die Wirksamkeit einer Gewaltspirale. So hat sich im Untersuchungszeitraum zumindest die Zahl extremistischer Demonstrationen in 21 islamischen Ländern klar

verringert. Vgl. Fareed Zakaria, 'Let's Spread the Good Cheer', *Newsweek*, 26 Nov. 2001, S. 19.

⁴¹ taz, 10. Okt. 2001, S. 15.

⁴² taz, 28. Sept. 2001 (suppl.), S. 1.

⁴³ Vgl. taz, 17 Feb. 2001, S. 3. Zur Nivellierung des Opferbegriffs in der deutschen Nachkriegszeit, die selbst im linksalternativen Milieu Spuren hinterlassen hat, vgl. Reinhart Koselleck, 'Die Diskontinuität der Erinnerung', *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 47/2 (1999), S. 213-222.

⁴⁴ Vgl. taz, 16 Nov. 2001, S. 12.

⁴⁵ Vgl. taz, 17. Sept. 2001, S. 15.

⁴⁶ taz, 15 Nov. 2001, S. 12.

⁴⁷ Vgl. John L. Styan, *The dark comedy* (Cambridge: Cambridge University Press, 1968), S. 266.

⁴⁸ Vgl. taz, 16. Okt. 2001, S. 13. Durch den stilbildenden respektlosen Ton hat die *taz* gelegentlich den Zorn der deutschen Muslim-community auf sich gezogen, die auch schon zum Boykott der Zeitung aufgerufen hat. Vgl. 'Aktion gegen die taz', <http://muslimmarkt.de/Aktion/Sonstige/aktiongegentaz.htm> (10 Nov. 2001).

⁴⁹ Vgl. taz, 31. Okt. 2001, S. 5.

⁵⁰ taz, 9. Okt. 2001, S. 26 (Lokalteil Berlin). Vgl. auch taz, 15. Sept. 2001, S. 6.

⁵¹ Hansjörg Bay, 'Erzählpanzer. Überlegungen zu Ideologie und Erfahrung' in Hansjörg Bay and Christof Hamann (Hg.), *Ideologie nach ihrem 'Ende'* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995), S. 17-41.

⁵² Vgl. Peter A. Hall, 'Policy Paradigms, Social Learning and the State: The Case of Economic Policy-Making in Britain', *Comparative Politics*, 25/3 (1993), S. 275-296.

⁵³ Nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim waren 55 Prozent der Deutschen im November 2001 für den Krieg der USA und Britanniens in Afghanistan und 59 Prozent unterstützen die Entscheidung von Schröder, deutsche Soldaten für Kampfeinsätze bereitzustellen. Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 16 Nov. 2001, S. 12. Für Vergleichszahlen zu vergangenen internationalen Konflikten, vgl. Rainer Baumann und Gunther Hellmann, 'Germany and the Use of Military Force: "Total War", the "Culture of Restraint" and the Quest for Normality', *German Politics*, 10/1 (2001), S. 61-82.